

Internationaler Tag der Menschenrechte 2023

Einladung zur Podiumsdiskussion

Recht auf Asyl oder „Das Boot ist voll“?

Sonntag, den 10. Dezember 2023, 18 Uhr bis 20 Uhr

Haus am Dom, Domplatz 3, Worms

Gefördert von „Demokratie leben“

Weltweit mehr als 108 Millionen Menschen - darunter etwa 45 Mio. Kinder und Jugendliche - sind derzeit auf der Flucht vor Verfolgung, Kriegen, Gewalt sowie Umwelt- und Hungerkatastrophen in ihren Herkunftsländern. Innerhalb der letzten 10 Jahre hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt.

Die Zahl der geflüchteten Menschen in Rheinland-Pfalz ist währenddessen im 1. Halbjahr 2023 um 4.300 Personen (ca. 700 aus der Ukraine und 3.600 aus anderen Ländern) gestiegen. Das entspricht etwa 0,1 Prozent der hiesigen Bevölkerung.

Dennoch ist immer häufiger zu hören und zu lesen: „Kommunen sind am Limit“. Als Reaktion darauf werden immer lauter Maßnahmen wie z.B. die weitere Abschottung der europäischen Außengrenzen, schnellere Abschiebungen oder Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylsuchende und Geduldete gefordert – auch von Mitgliedern der Ampelkoalition.

Die AfD und andere rassistische und neofaschistische Gruppierungen nutzen die Gunst der Stunde, verstärken ihre Hetze gegen Flüchtlinge und gehen - erfolgreich - auf Stimmenfang. Bundesweit 80 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte allein im 1. Halbjahr 2023 müssen die Alarmglocken ebenso läuten lassen wie die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in Hessen und Bayern: Die Brandmauer gegen Rechts ist brüchig und muss dringend verstärkt werden!

Auch wenn menschenrechtsbasierte Alternativen zur zunehmenden Abschottung und Ausgrenzung in Politik und Medien immer seltener Beachtung finden, gibt es viele Vorschläge aus der Zivilgesellschaft, die gleichzeitig zu einer erheblichen Entlastung der Kommunen führen könnten. So fordern Pro Asyl, haupt- und ehrenamtliche Flüchtlingshelfer:innen z.B. seit Jahren die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Aufhebung der Wohnsitzverpflichtung und der Arbeitsverbote für Geflüchtete.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion möchten wir mit Ihnen über die aktuellen Vorschläge zur Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechts und Alternativen hierzu diskutieren. Eingeleitet wird die Veranstaltung durch Erfahrungsberichte von Geflüchteten sowie kurze Hintergrundinformationen zu den Themen Unterbringung von Geflüchteten, Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitsverbote und Abschiebungen.

Auf dem Podium begrüßen wir Oberbürgermeister Adolf Kessel, Prof. Dr. Gerhard Trabert, Armut und Gesundheit in Deutschland e.V., **N.N.** vom Flüchtlingsrat RLP e.V. und Ann-Christin Bölder vom Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP.